

Wöginger unter Druck: Anklage wegen Amtsmissbrauch erschüttert ÖVP!

Kanzleramtsministerin Plakolm bekräftigte Unterstützung für Wöginger, der wegen Amtsmissbrauchs angeklagt wurde.



Linz, Österreich - Am 21. Mai 2025 steht die österreichische Politik im Fokus, denn die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft hat eine Anklage gegen den Nationalratsabgeordneten August Wöginger sowie zwei Beamte wegen Amtsmissbrauchs beim Landesgericht Linz eingereicht. **Kleine Zeitung** berichtet, dass Wöginger vorgeworfen wird, bei der Besetzung des Vorstandes des Finanzamtes für Braunau, Ried und Schärding interveniert zu haben, um einen parteipolitisch bevorzugten Kandidaten zu unterstützen.

Kanzleramtsministerin Claudia Plakolm von der ÖVP bekräftigte die volle Unterstützung für Wöginger und wies darauf hin, dass die Partei an einer transparenten Aufklärung der Vorwürfe

interessiert sei. Damit wolle man verhindern, dass die Koalition unter dem Druck der Anklage leidet. Laut Plakolm sei es jedoch wichtig, einem Gerichtsverfahren nicht vorzugreifen, und sie äußerte sich nicht über mögliche Auswirkungen der Causa.

Anklagedetails und Einflussnahme

Die Anklage ergibt sich aus einem Komplex, in dem Wöginger beschuldigt wird, Einfluss auf die Postenbesetzung ausgeübt zu haben. Ein Kandidat, der in der Fälschung der Eignung als weniger qualifiziert gilt, soll aufgrund von parteipolitischen Motiven bevorzugt worden sein. Diese Kompetenzschädigung hat die Rechte anderer Mitbewerber beeinträchtigt, die Anspruch auf Gleichbehandlung und objektive Beurteilung haben.

Zusätzlich wird berichtet, dass der angeklagte Wöginger den ehemaligen Kabinettschef des Finanzministeriums, Thomas Schmid, kontaktiert hat, um seine Unterstützung für den bevorzugten Kandidaten zu sichern. Dieser Kontakt soll beim anderen angeklagten Beamten, der nahestehend zur ÖVP ist, zu einer rechtswidrigen Mitwirkung an der Besetzung geführt haben. Schmid gab während seiner Einvernahme im Verfahren zusätzlich Auskunft über die Vorwürfe, die gegen Wöginger erhoben wurden.

Rekordverdächtige Anklagen und Korruption im Allgemeinen

Korruption, die als Missbrauch eines öffentlichen Amtes definiert ist, hat in vielen europäischen Ländern und speziell in Deutschland besorgniserregende Ausmaße angenommen. Laut einer aktuellen Erhebung wurden in Deutschland 2023 rund 3.840 Korruptionsdelikte polizeilich erfasst, mit einem geschätzten Schaden von 57 Millionen Euro, wenngleich von einer hohen Dunkelziffer ausgegangen wird. In dieser Diskussion ist auch die Wahrnehmung von Korruption in öffentlichen

Institutionen relevant, da 66 Prozent der Befragten dies bestätigen. **Statista** hebt hervor, dass Machtmissbrauch und persönliche Bereicherung bei Politikern als weit verbreitet gelten.

Der Fall Wöginger ist nicht nur ein Beispiel für die laufenden Bemühungen um Transparenz in der Politik, sondern wirft auch Fragen zu den Strukturen und Verfahren auf, welche die Integrität öffentlicher Ämter schützen sollen. **Die Justiz** hat bereits auf die Diskriminierung und Rechtsverletzungen bei der Postenbesetzung hingewiesen.

Die Koalition und die beteiligten Akteure stehen nun unter Druck, während die Justiz ihren Gang nimmt. Während Politiker wie Schmidt auf die Unabhängigkeit der Justiz vertrauen, bleibt abzuwarten, wie sich diese Causa weiterentwickelt und welche Auswirkungen sie auf die politische Landschaft haben könnte.

Details	
Vorfall	Amtsmissbrauch
Ort	Linz, Österreich
Schaden in €	57000000
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.kleinezeitung.at• www.justiz.gv.at• de.statista.com

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at